

SE Moussa Faki Mahamat
Vorsitzender
Kommission der Afrikanischen Union
Addis Abeba, Äthiopien

Exzellenz,

derzeit gibt es keine Aussicht auf Gerechtigkeit vor südsudanesischen Gerichten für die Verbrechen, die seit Beginn des brutalen Konflikts im Dezember 2013 zwischen bewaffneten Gruppen der Regierung und der Opposition begangen wurden. Tausende Menschen wurden von Regierungsanhängern und Oppositionskräften getötet und vergewaltigt und Millionen wurden gewaltsam vertrieben, was zu einer tragischen humanitären Katastrophe und der größten Flüchtlingskrise auf dem afrikanischen Kontinent führte.

Es herrscht totale Straflosigkeit seitens der südsudanesischen Regierung in Bezug auf die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die seit dem Ausbruch des brutalen Konflikts im Dezember 2013 begangen wurden. Dies berichtet Amnesty International in einem neuen Bericht, der am 7. Oktober veröffentlicht wurde. Schwerwiegende Verbrechen werden nur untersucht, wenn es Anweisungen der Exekutive gibt. Wenn die südsudanesischen Behörden die Täter von Straftaten die sowohl von regierungs- als auch von oppositionellen bewaffneten Gruppen begangen werden, nach internationalem Recht nicht strafrechtlich verfolgen und bestrafen, bedarf es eines sinnvollen und wirksamen alternativen Justizsystems für die Menschen im Südsudan. Südsudanesische Behörden bestreiten in der Regel glaubwürdige Berichte, wenn die Streitkräfte in schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind. Wenn der Präsident Untersuchungsausschüsse einsetzt, mangelt es ihnen an Unabhängigkeit und Unparteilichkeit und bisher kam es nur in einem Fall zu einem Strafverfahren. Amnesty international dokumentierte auch den allzu häufigen Einsatz pauschaler Amnestien des Präsidenten, die gegen das Völkerrecht verstoßen und den Opfern das Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung verweigern.

Viele Opfer hatten ihre Hoffnung auf Gerechtigkeit in den Hybrid Court für Südsudan (HCSS) gesetzt, den die Regierung mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens von 2015 und des revitalisierten Friedensabkommens von 2018 gründen wollte - das Gericht ist aber bisher nicht realisiert.

Deshalb fordere ich Sie auf

- ein Kommuniqué zu veröffentlichen, in dem die Einrichtung des Gerichtshofs erneut gefordert wird, die Öffentlichkeit über einen Zeitplan für die Einrichtung und Operationalisierung des HCSS zu informieren, und in dem die AU dem Südsudan eine Frist oder ein Ultimatum (sechs Monate) gibt, innerhalb der die Regierung die Absichtserklärung und die Verabschiedung des HCSS-Statuts unterzeichnen sollte und bei deren Nichteinhaltung die AU einseitig ein *Ad-hoc*-Tribunal einrichten wird;
- Transparenz zu gewährleisten während des Prozesses zur Einrichtung des HCSS oder des *Ad-hoc-Tribunals* und zu gewährleisten, dass die südsudanesische Zivilgesellschaft während des gesamten Prozesses mit einbezogen wird.

Hochachtungsvoll